

LIGA DER SPITZENVERBÄNDE DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE IN MECKLENBURG-VORPOMMERN e. V.



Deutsches
Rotes
Kreuz



Geschäftsstelle des Inklusionsförderrates
beim Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport
Mecklenburg-Vorpommern
z.Hd. Frau Blockhus
Werderstraße 124
19055 Schwerin

Per Mail: ifr@sm.mv-regierung.de

Schwerin 15.01.2025

Problemanzeige: Budgetkürzungen im Bereich der Eingliederungshilfe

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Vertreterin der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg Vorpommern e.V. (LIGA) möchte ich den IFR auf folgende Problemstellung aufmerksam machen:

Das Land Mecklenburg-Vorpommern gewährt gemäß den Richtlinien „Familienentlastende Dienste für Behinderte“ und „Ambulante Maßnahmen für Menschen mit Behinderung“ Projekten eine Zuwendung, die in den genannten Bereichen Angebote für Menschen mit Behinderung bzw. deren Angehörige vorhalten.

Die LIGA hat vom Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGuS) und vom zuständigen Referatsleitung im Sozialministerium eine Information erhalten, dass in den beiden genannten Förderbereichen im Jahr 2025 aller Voraussicht nach nur noch 80 Prozent der Mittel zur Verfügung stehen, die bislang im Doppelhaushalt 2025/2026 veranschlagt waren. Die Erstinformation hierzu erhielten die Wohlfahrtsverbände, die diese Leistungen noch vorhalten, über die Bewilligungsbescheide der einzelnen Maßnahmen wenige Tage vor Jahresende für Maßnahmen, die am 01.01.2025 begonnen haben.

Die Kürzung der Förderung um 20 Prozent korrespondiert mit den Verlautbarungen der Landesregierung, wonach im Jahr 2025 aufgrund der unerwarteten Haushaltsslage in allen Ressorts massive Einsparungen notwendig sein werden.

Die genannten Einsparungen im Familienentlastenden Dienst und in den Ambulanten Maßnahmen für Menschen mit Behinderung sind die ersten konkreten Kürzungen,

die vom Sozialministerium bzw. vom LAGuS gegenüber der LIGA kommuniziert wurden.

Die LIGA sieht die Notwendigkeit, dass das Land MV seinen Haushalt konsolidieren muss. Dass aber ausgerechnet bei Maßnahmen für Menschen mit Behinderung „an erster Stelle“ gespart werden soll, halten wir für ein bedenkliches Signal.

Sowohl der Finanzminister, als auch die Ministerpräsidentin haben an verschiedenen Stellen betont, dass das Land MV beim Staat sparen möchte und nicht an den Bürgerinnen und Bürgern. (Siehe dazu exemplarisch die Pressemitteilung des Finanzministeriums vom 25.10.2024 und vom 14.01.2025).

Die angekündigten Einsparungen in den Familienentlastenden Diensten für Menschen mit Behinderung und in den Ambulanten Maßnahmen für Menschen mit Behinderung widersprechen den oben genannten Bekundungen der Ministerpräsidentin und des Finanzministers.

Im Namen der LIGA bitte ich den Inklusionsförrat um eine Befassung mit dieser Angelegenheit.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Anne Haupt
Referentin für Teilhabe
AWO Landesverband M-V e.V.